

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Dresd. Anstalt, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meuschel und Dresden-Altkath.

Abonnementpreis: die halbjährige Kopierzeitung 15 000,- M., auswärts 18 000,- M., die 3 halbjährige Kopierzeitung 40 000,- M., auswärts 48 000,- M., die 6 halbjährige Kopierzeitung 75 000,- M., auswärts 85 000,- M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienangehörige, Stellen- u. Dienstverträge 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferungen 6000 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Abonnementpreis: die halbjährige Kopierzeitung 15 000,- M., auswärts 18 000,- M., die 3 halbjährige Kopierzeitung 40 000,- M., auswärts 48 000,- M., die 6 halbjährige Kopierzeitung 75 000,- M., auswärts 85 000,- M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienangehörige, Stellen- u. Dienstverträge 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferungen 6000 M.

Nr. 182

Dresden, Dienstag den 7. August 1923

34. Jahrg.

Sachsens Antwort an Cuno

Wir haben gestern die Erklärung des Herrn Cuno gebracht zu der an ihn gerichteten Aufforderung, seine gegen Sachsen gerichteten Äußerungen zu begründen. Auf diese völlig unbefriedigende Erklärung hat die sächsische Regierung folgende Antwort nach Berlin geschickt:

Die sächsische Regierung hatte bei der Abfassung ihrer Note vom 25. Juli 1923 gehofft, die Erwiderung der Reichsregierung auf diese Note werde einen die Öffentlichkeit beruhigenden und der versöhnungsmäßigen Stellung des Freistaates Sachsen entsprechenden Abschluß der Diskussion ermöglichen, welche die Reichsregierung — nicht die sächsische Regierung — durch ihre der Presse mitgeteilte Erklärung vom 18. Juli 1923 notwendig gemacht hat. Die sächsische Regierung war angesichts der Mitteilung dieser für die sächsische Bevölkerung wie für den sächsischen Staat befremdlichen und verletzenden Verlautbarung durch die Presse gezwungen, ihre Stellungnahme ebenfalls der Presse mitzuteilen und wird sich — sofern die Reichsregierung die bisherige Form der Verlautbarung beibehält — sehr zu ihrem Bedauern gezwungen sehen, ihre Erklärungen auch weiterhin der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Die sächsische Regierung hatte in ihrer Note vom 27. Juli 1923 die Reichsregierung um Aufschub gebeten, was die Reichsregierung zu ihrer verletzenden Stellungnahme beantragt habe und ob der Sinn ihrer Verlautbarung sei, von Sachsen aus droht die Gefahr eines Bürgerkrieges; für diesen Fall hätte sie um Mitteilung der Tatsachen gebeten, auf welche die Reichsregierung eine solche Annahme stütze. Die sächsische Regierung hat die Verlautbarung der Reichsregierung vom 18. Juli 1923 zwar an dieser Rückfrage. Die sächsische Regierung wollte damit der Reichsregierung auch ermöglichen, eine Erklärung abzugeben, die den berechtigten Empfindungen des sächsischen Volkes und der Stellung der sächsischen Staatsregierung Rechnung trug.

Die sächsische Regierung bedauert, namentlich feststellen zu müssen, daß die Reichsregierung offenbar den Sinn und den Zweck der sächsischen Rückfrage völlig verkannt hat. Dem sonst wäre die Antwort der Reichsregierung vom 2. August 1923 nicht verständlich. In ihr weist der Herr Reichsminister darauf hin, die Reichsregierung habe ihre Verlautbarung vom 18. Juli 1923 für notwendig befunden, weil der sächsische Polizeibereichsleiter in einer privaten Veröffentlichung und unlängst der unterzeichnete Ministerpräsident auf die von anderer Seite drohenden Gefahren hingewiesen hat. Zu ihrem großen Bedauern muß die sächsische Regierung also feststellen, daß ein pflichtmäßiger Hinweis des unterzeichneten Ministerpräsidenten auf die von anderer Seite drohenden Gefahren vom Herrn Reichsminister herangezogen wird, um die in der Verlautbarung vom 18. Juli 1923 erwähnte Notwendigkeit besonderer Aufmerksamkeit nicht gegenüber diesen Kreisen, sondern gegenüber den wachsenden Freistaaten Thüringen und Sachsen zu rechtfertigen.

Die sächsische Regierung muß diese Argumentation um so mehr bedauern, als dem Herrn Reichsminister nicht unbekannt sein kann, daß dieser pflichtmäßige Hinweis in jeder Beziehung sachlich begründet ist. Dem Herrn Reichsminister kann nicht unbekannt sein, daß der unterzeichnete Ministerpräsident — ebenso wie der Herr preussische Ministerpräsident und der Herr Vor-

Allerhand

Man sage nicht, daß es etwas Bästliches als die Bästlichen nicht gäbe! Sie haben auch Ihre Spaltungsschmerzen. Man höre darüber die alldeutschen Blätter, in denen zu lesen ist:

„In einem Moment wir aber nicht vorübergehen, das ist der Mißbrauch des Wortes „bästlich“, der darin liegt, daß sich die Vertreter einer jüngeren Richtung als die einzig wirklich „bästlichen“ hinstellen, so daß die altbewährten Vorkämpfer der bästlichen Sache nur noch als „auch bästlich“ in Frage kommen... Wie kommen eigentlich diese Herren zu ihrem alleinstimmigenden bästlichen Selbstbewußtsein?“

Ja, wie kommen sie eigentlich dazu! Es muß schon so sein, daß die Extreme rechts und links die Sammelbecken des fanatischen Unsinns sind, dem keinerlei Grenzen gesetzt sind. Denn es links neben den Kommunisten noch die Syndikalistischen und Antisemiten gibt, von denen die eine Gruppe immer schroffer wird, je mehr sie die andere proletarische, so entspricht's durchaus dem Gesetz der gleichen Symmetrie, wenn rechts drüben von den bästlichen Gruppen jede die Allerbästliche sein will. Die Symmetrie kennt nur einmal keinen Grad, wo die Steigerungsmöglichkeiten aufhören.

Und so wie es noch Bästlichere gibt als die Bästlichen, existieren unter den „Nationalen“ einige Steigerungen. Der triegerische Professor Kappeler hat in seiner Deutschen Zeitung gegen den Kaufmann, Weltkäufer und Fachmann Cuno (der Himmel bewahre uns vor diesen „Fachleuten“ in der Politik) die Befolgung auf. Er fragt: Was hat diese „erste rein bürgerliche Regierung“ erreicht? — und antwortet:

„Derlosest wie heute hat das deutsche Schicksal noch niemals gelitten; unglücklicher als heute hat der Deutsche den Kriechfuß in den Augen noch niemals durchlebt; weiser als heute hat er feindlicher Schandtat noch niemals gegenüber gestanden! Das muß jeder sehen, der frei von allen Parteiprejudizien das sachliche Ergebnis der Regierung Cuno betrachtet. Und darum müssen wir ausdrücklich, daß er und die Parteien, die um ihn stehen, das Vertrauen des nationalen Deutschland nicht mehr genießen können.“

Was sagen dazu die deutschen nationalen Vertreter der Regierung Cuno? Und was meint dazu die Deutsche Nationalpartei, die hier mitgeriffelt wird? Denn der Reichsminister genießt doch ihr Vertrauen in weitgehendem Maße — und wir sind vielleicht bald so weit, daß auch die Deutsche Nationalpartei sich bereitstellt für die Frei Republik, deren Reichsminister sonst, wie gesagt und besprochen ist. Und so trifft denn die Republikanische Partei das Richtige, wenn sie einen Artikel zum Geburtstag der Republik mit den Worten schreibt: „Und wenn die Welt voll Cunos wird — wir lassen uns die Republik nicht nehmen!“

Sollt den Lido! Zeit dem Tage, an dem in Sachsen das National-Feind gebildet wurde, überboten sich die bürgerlichen Parteien — von den deutschnationalen bis zu sogenannten demokratischen — in Artikel, Notizen, Epigrammen, unter sensationellen Überschriften, wie „Kommunistischer Terror“, „Sowjetjeden“, „die Regierung von Kommunisten Gnaden“ u. a., die Zustände in Sachsen Schwarz in Schwarz zu malen. Die Wirkung dieser Propaganda war denn auch, daß im übrigen Reich und im Ausland die Vorstellung erweckt wurde, in Sachsen herrschten schlimmere Zustände als bei den Negerstämmen in Zentralafrika. Die nicht-schwarzen Volksgenossen und die Ausländer, die nach Sachsen kamen, drückten denn auch ihr höchstes Entsetzen darüber aus, daß es in Sachsen nicht anders war als im übrigen Deutschland, ja, verglichen mit einigen Teilen Rußlands zum Beispiel, sogar ruhiger, freier, geordneter zuzuging.

Dieser Lügenfälschung wurde ergänzt durch die Propaganda gewisser industrieller und Großhandelskreise, die an ihre Geldästretende Fragebogen sandten, in denen aufgefordert wurde, sich darüber zu äußern, inwiefern die unsicheren politischen Zustände in Sachsen schädlich auf das Geschäftsbetrieb eingewirkt hätten. Diese Fragebogen mußten natürlich — es gewollt oder ungewollt, sei dahingestellt — den Eindruck erwecken, daß es in Sachsen drunter und drüber geht, sie mußten die Wirkung haben, daß Industrie- und Handelskreise Bedenken hatten, Handelsbeziehungen mit Sachsen anzuknüpfen oder fortzuführen.

Nachdem die Bürgerlichen so in moralischer systematischer Arbeit das Vertrauen zum sächsischen Staat und zum sächsischen Volk untergraben haben, schreien jetzt dieselben Leute, die händeringend das Feuerchen angezündet haben, mit dem die sozialistische Regierung ausgeräuchert werden sollte, Nord und Brand über die Folgen dieser Brandstiftung. Jetzt stellen sich die Dresdner Nachrichten und andere bürgerliche Blätter hin und kagen über „Sachsens schwindendes Ansehen“. Na, das Dresdner reaktionäre Blatt ist naiv oder unerschämmt genug, zu fordern, daß mit Rücksicht auf die Mißstimmung, die „auf das gesamte Bürgerium des Reiches übergegriffen hat... diese Mißstimmung durch eine Umstellung des politischen Kurzes oder durch Wählung neuer Erscheinungsformen“ zu dämpfen.

Diese lebenswichtige Aufforderung kommt bei uns an die jähliche Verlesse. Aber dieselbe sind die Kommunisten bereit, mit Rücksicht auf ihre neuesten deutschnationalen Freuden, die ja den Dresdner Nachrichten nachsehen, den Wunsch dieses Blattes zu erfüllen und den politischen Kurs in Sachsen umzustellen? Ihre Drohungen zielen wenigstens dauernde in dieser Richtung!

Der Dollar 3 291 750 Mark

Die neue Woche fing mit einer Steigerung des Dollarkurses von rund 50 Prozent auf 1 650 000 M. an. Am Schluß der Börse wurden für den Dollar 1 900 000 M. bezahlt. Herbeigeführt war die neue Steigerung des Dollarkurses zu einem wesentlichen Teil durch die Freigabe des Dollarverkehrs an der Berliner Börse, der seit dem 22. Juni 1923 verboten war. Während die Großbanken eine Erklärung abgaben, daß sie sich nur nach der amtlichen Devisenverleihe beteiligen wollten, war es im freien Verkehr der Lebensmittelhändler, der eine große Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln entfaltete und so den Kurs in die Höhe trieb. Der Lebensmittelhandel muß bekanntlich eine ganze Reihe von Waren mit fremden Devisen bezahlen, wie Schmalz, ausländisches Mehl usw. In der Zeit der Einheitskurse hat er seinen Bedarf nur zu einem geringen Teil decken können, so daß jetzt nach der Freigabe des Devisenverkehrs eine künstlich gesteigerte Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln auftreten mußte. Die Folge davon war, daß auch diesmal bei der amtlichen Kursfestsetzung das nur spärlich angebotene Material zur Befriedigung der Nachfrage nicht ausreichte. Es wurden scharfe Auktionen vorgenommen werden. Die Wertung am Devisenmarkt ist also durch die Freigabe des freien Devisenverkehrs keineswegs gehoben. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die Devisenversorgung sich wesentlich gebessert hat. Es ist auch zu bezweifeln, daß das später eintreten wird, wenn Reichsregierung und Reichsbank nicht mit aller Entschiedenheit durch eine Reform ihrer Steuer- und Kreditpolitik diejenigen sächsischen Voraussetzungen schaffen, unter denen allein die Durchführung einer Stützungsaktion möglich ist. Gerade der starke Bedarf des Lebensmittelhandels, der sich am ersten Tage geltend machte und dem ein nur geringes Angebot gegenüberstand, gelte, wie notwendig es ist, aus der deutschen Wirtschaft heraus einen erheblichen Fonds von Devisen zu beschaffen, die zur Bekämpfung der erforderlichen Lebensmittelzufuhr und zur Stützung des Marktes verwendet

werden können. Nach dieser Richtung ist aber, wenn man von der wenig erfolgreichen Dollaranleihe im Frühjahr 1923 absteht, noch nichts geschehen.

Berlin, 7. August. Nach Schluß der offiziellen Börsenzeit wurde der Dollar um 3 291 750 Papiermark gehandelt.

Auf 40 M. Ausgabe 1 M. Einnahme

Die katastrophalen Verhältnisse in der Steuerpolitik des Kabinetts Cuno lassen die schwebenden Schulden des Reiches von Woche zu Woche stärker anschwellen. In der Zeit vom 21. bis 31. Juli wurde von den Gesamtansgaben des Reiches, die sich auf 18,3 Milliarden Mark beziffern, nur 400 Millionen Mark durch Einnahmen gedeckt, also etwa 2,2 Prozent. 40 M. Ausgaben des Reiches fanden also einer Mark an Reichseinnahmen gegenüber. Die Gesamtsumme der schwebenden Schulden ist durch die Vorkriegswirtschaft in der letzten Julidekade auf 57,8 Milliarden Mark angewachsen. Es klingt wie eine Ironie, wenn das Reichsfinanzministerium zu diesen Mitteilungen erklärt, die Zunahme der schwebenden Schulden sei wie bisher lediglich auf „die Geldentwertung“ zurückzuführen. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß der größte Teil der Steuern nicht in einer Weise erhoben wird, die dem Reich den vollen Ertrag zuführt, sondern daß vielmehr gerade die bestehenden Steuerzahler die Möglichkeit haben, ihre Steuern schuldig zu bleiben und sie erst in ein oder zwei Jahren zu zahlen, also viel zu spät, um nach den Reichsfinanzen Entscheidungen zu bringen. Darum muß es bei Aufgabe der Regierung Cuno, durch die Schaffung erziehbiger und erst kürzlich Steuergesetzen, wie sie aus der Sozialdemokratie in Vorschlag gebracht worden sind, die Zunahme der schwebenden Schulden und damit die Tätigkeit der Notenpresse einzufrieren. Ob das unter der Regierung Cuno überhaupt möglich ist, steht dahin.

gez. Dr. Feiguer.